

Haushaltssicherungskonzept des Schwalm-Eder-Kreises 2009

I. Vorbemerkung

Gemäß § 92 Abs. 4 HGO ist ein Haushaltssicherungskonzept vorzulegen, wenn der Ausgleich des Haushaltes nicht möglich ist. Das Haushaltssicherungskonzept muss verbindliche Festlegungen enthalten über das Konsolidierungsziel, die dafür notwendigen Maßnahmen und den angestrebten Zeitraum, in dem der Ausgleich des Ergebnishaushaltes erreicht werden soll (§ 24 IV GemHVO-Doppik).

Das Regierungspräsidium Kassel hat in seiner Genehmigungsverfügung des Haushaltes 2008 unter Ziffer 16 „Konsolidierungsmaßnahmen“ folgende Auflage erteilt:

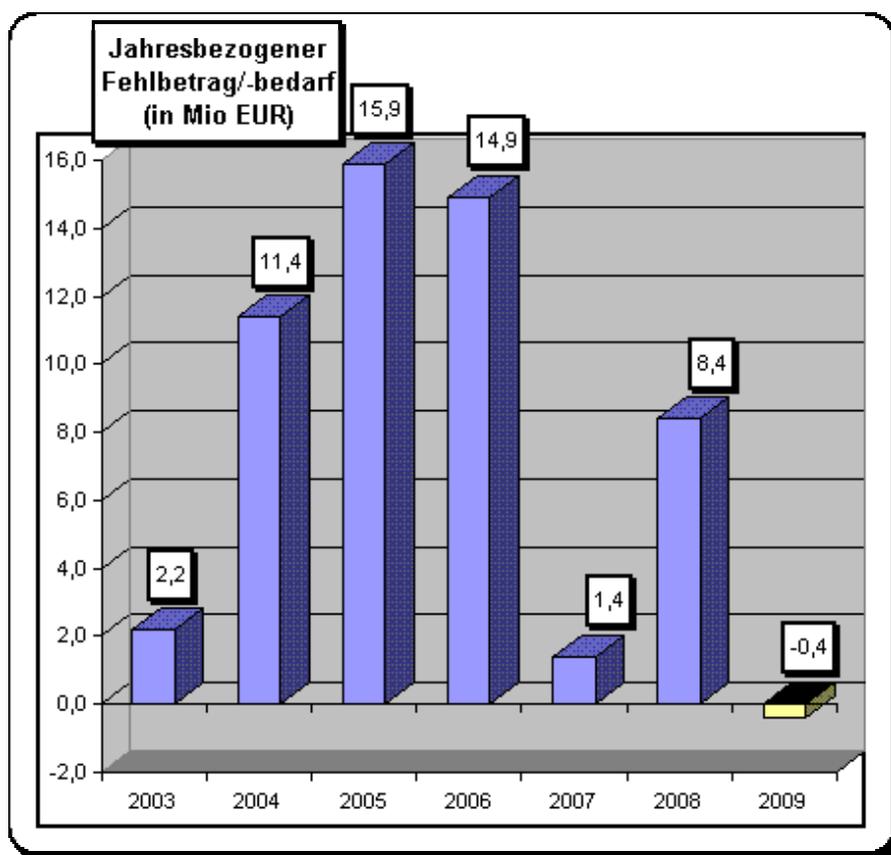
„Das vom Kreistag beschlossene Haushaltssicherungskonzept 2008 ist nicht nur fortzuschreiben, sondern muss so erweitert werden, dass durch zusätzliche eigenständige Maßnahmen bereits im laufenden Haushaltsjahr sowie im gesamten Finanzplanungszeitraum keine jahresbezogenen Defizite entstehen. Das Konzept ist unter Anpassung an die neue Entwicklung jährlich neu zu beschließen. § 24 Abs. 4 GemHVO-Doppik ist zu beachten. Im Rahmen des Haushaltes 2009 ist über die Einhaltung des aktuellen Haushaltssicherungskonzeptes zu berichten.“

Der Schwalm-Eder-Kreis befindet sich in einer schwierigen Finanzsituation.

Die Entwicklung der jahresbezogenen Fehlbeträge/-bedarfe im Verwaltungshaushalt stellt sich bis zum Jahr 2009 wie folgt dar:

Entwicklung des jahresbezogenen Fehlbetrages im Verwaltungshaushalt (in Mio EUR)

	Kalenderjahr	Mio EUR	(inkl. Vorjahre)
Rechnungsfehlbetrag	2003	2,2	2,2
Rechnungsfehlbetrag	2004	11,4	13,6
Rechnungsfehlbetrag	2005	15,9	29,5
Rechnungsfehlbetrag	2006	14,9	44,4
Rechnungsfehlbetrag	2007	1,4	45,8
vorauss. Fehlbedarf Ergebnishaushalt (Doppik!)	2008	8,4	54,2
vorauss. Überschuss Ergebnishaushalt (Doppik!)	2009	-0,4	53,8



Der kumulierte Fehlbetrag 2003 – 2009 beträgt voraussichtlich: 53,8 Mio. EUR.

Die Entwicklung der Nettoneuverschuldung stellt sich seit 2004 wie folgt dar:

2004:	4.308.430,63 EUR (IST)
2005:	1.945.579,75 EUR (IST)
2006:	2.629.959,30 EUR (IST)
2007:	- 901.200,16 EUR (IST-Entschuldung)
2008:	- 795.780,00 EUR
2009	35.709,00 EUR

Außerordentliche Belastungen ergeben sich aus dem Verkauf der Schwalm-Eder-Kliniken GmbH gem. Beschluss des Kreistages vom 21. Dezember 2006. Der zu zahlende Sanierungsbetrag von 15,9 Mio. EUR belastet die Haushalte 2007 bis 2009, wobei in 2009 die letzte Rate in Höhe von 2,9 Mio. EUR zu berücksichtigen ist. Mit weiteren Belastungen für die Haushalte des Schwalm-Eder-Kreises ist infolge der Veräußerung nicht mehr zu rechnen.

Im Wesentlichen ist die dargestellte Finanzlage des Kreises auf die seit Jahren anhaltenden Einnahmeverluste im Kommunalen Finanzausgleich zurückzuführen.

Trotz der derzeitigen positiven Entwicklung der Einnahmen aus dem Kommunalen Finanzausgleich, der veränderten Umlagegrundlagen des Kommunalen Finanzausgleiches und der derzeit verbesserten Steuereinnahmen ist mittelfristig ohne erhöhte Zuweisungen des Landes nicht mit einer Abdeckung der kumulierten entstandenen Fehlbeträge zu rechnen.

Das im Entwurf des Haushaltsplanes 2009 ausgewiesene Jahresergebnis schließt ausgeglichen mit einem Überschuss von 359.266 EUR ab. Ohne die veranschlagte Schlussrate des Sanierungsbeitrages für die Schwalm-Eder-Kliniken in Höhe von 2,9 Mio. EUR wäre das Ergebnis um diesen Betrag höher ausgefallen.

Auch wenn die Landkreise ihre im Wesentlichen durch den Kommunalen Finanzausgleich bedingte negative Finanzsituation kaum beeinflussen können,

besteht die Notwendigkeit, alle Maßnahmen zur Verringerung des Haushaltsdefizits zu prüfen und zeitnah umzusetzen.

Dementsprechend hat der Kreistag bereits im Jahre 2004 ein Konsolidierungsprogramm verabschiedet. Hierbei handelt es sich um Maßnahmen, die über das jeweilige Haushaltsjahr hinausgehen und als Daueraufgabe zu verstehen sind.

Mit dem nachstehenden Haushaltssicherungskonzept wird das seit dem Jahr 2004 erstellte Konsolidierungsprogramm für 2009 und die folgenden Jahre fortgeschrieben. Das Haushaltssicherungskonzept soll die zukünftige Entwicklung der Erträge und Aufwendungen positiv beeinflussen und die künftigen Haushalte nachhaltig entlasten.

Die Konsolidierungsbemühungen seit 2004 haben bereits zu einer Begrenzung der Aufwendungen beigetragen. Die im Sicherungskonzept beschriebenen Instrumente zur Begrenzung der Personal- und Versorgungsaufwendungen greifen. Die Entwicklung dieser Aufwendungen ist aus den beiden nachstehenden Tabellen ersichtlich:

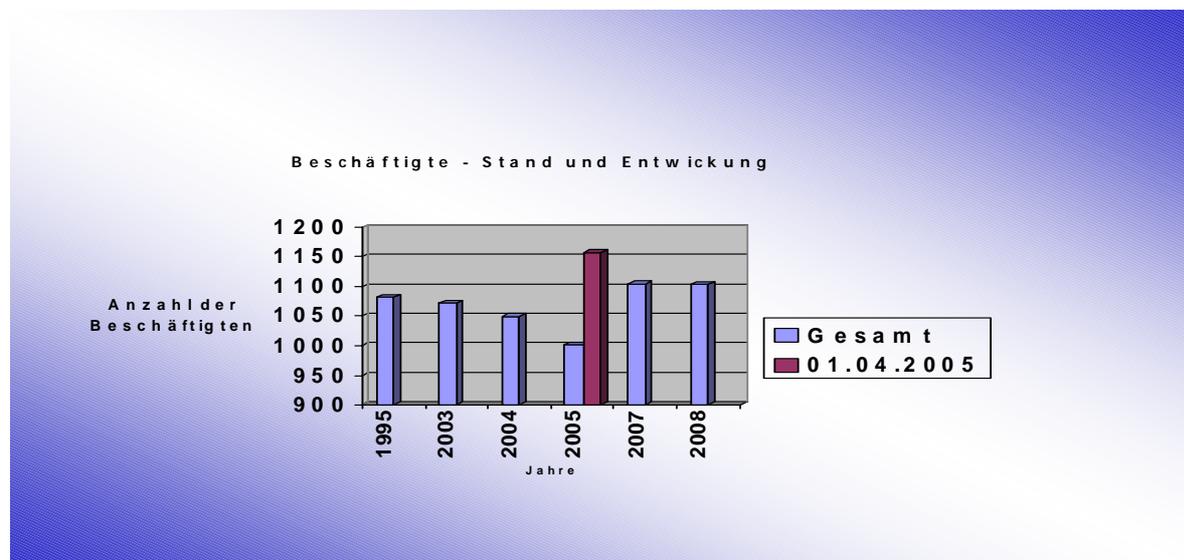
Personalausgabenentwicklung kameral

	RE 2005 (TEUR)	Ansatz 2006 (TEUR)	RE 2006 (TEUR)	Ansatz 2007 (TEUR)	Vorl. RE 2007 (TEUR)	Ansatz 2008 (TEUR)
SN 400	19.754	20.009	19.448	31.702	30.921	32.505
SN 402	6.330	6.300	6.254			
SN 404	3.405	5.414	5.144			
ZS	29.489	31.723	30.846	31.702	30.921	32.505
ARGE	2.098	2.128	2.120	2.173	2.088	2.220
ZS	31.587	33.851	32.966	33.875	33.009	34.725
PK-Erstattung	3.538 Ohne Kommunali- sierung	8.668	9.197	8.789	8.789	9.256
Bereinigte PK	28.049	25.163	23.769	25.086	24.220	25.469

Personalausgabenentwicklung doppisch

	Ansatz 2008 (TEUR)	Ansatz 2009 (TEUR)	Differenz (2008-2009)
Personalaufwendungen	31.345	32.412	1.067
Versorgungsaufwendungen	5.207	5.618	411
ZS	36.552	38.030	1.478
./. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.138	1.136	
ZS	35.414	36.894	1.480
PK-Erstattungen	9.362	9.363	
Bereinigte Personalkosten	26.052	27.531	1.479

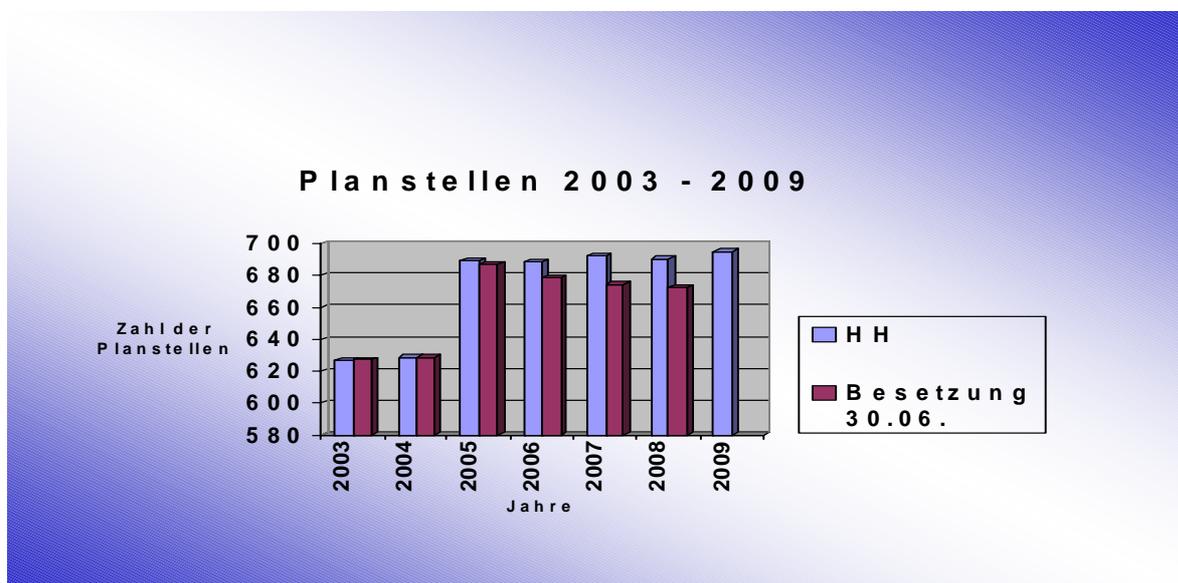
Die Zahl der Beschäftigten der Kreisverwaltung ist rückläufig. Waren 1995 noch 1082 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, lag die Zahl zum 31.03.2005, d. h. vor der Kommunalisierung des Staatlichen Landrates bei 1001 Personen.



Mit der Kommunalisierung wurden zum 01.04.2005 weitere 156 Beschäftigte auf den Kreisausschuss des Schwalm-Eder-Kreises übergeleitet, davon 52 Beamtinnen und Beamte, 54 Angestellte und Arbeiter sowie 50 nebenberuflich Tätige (Fleisch- und Geflügelbeschau).

Zum 31.10.2008 waren (ohne Honorarkräfte und Aushilfen) 1.103 Personen beim Kreisausschuss des Schwalm-Eder-Kreises beschäftigt. Gegenüber dem Kalenderjahr 2005 ist zu berücksichtigen, dass die Beschäftigten des Hospitals zum Heiligen Geist auf die AWO und deren Tochtergesellschaft übergeleitet und im Bereich der Reinigung bei Ausscheiden von Beschäftigten die Arbeitszeit der verbleibenden Beschäftigten entsprechend der Regelung in der Dienstvereinbarung angehoben wurde bzw. mit Beschäftigten des Boglerhauses besetzt wurden.

Die Entwicklung der Planstellen in den Jahren 2003 – 2009 stellt sich wie folgt dar:



Betrachtet man die Jahre 2003 und 2004 so ist festzustellen, dass die Zahl der Planstellen in etwa gleichbleibend bei 629 lag. Im Haushaltsjahr 2005 konnten die Planstellen vor der Kommunalisierung auf 595,45 Planstellen reduziert werden.

Dies steht insbesondere im Zusammenhang mit der Dienstvereinbarung zur Gebäudereinigung. Infolge der Arbeitszeitveränderungen haben sich die Stellen allein in diesem Bereich um 29,14 Planstellen reduziert. Innerhalb der Verwaltung wurden verschiedene Planstellen nach Ausscheiden der Stelleninhaber im Jahr 2004 nicht wieder besetzt. Unter Berücksichtigung der Kommunalisierung gab es im Haushaltsjahr 2005 689,36 Planstellen.

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2007 wurde um insgesamt 3,5 Stellen ausgeweitet und vom Regierungspräsidium genehmigt. Neben der Schaffung von zwei weiteren Stellen in der Leitstelle zur Sicherstellung der Doppelbesetzung bei Nacht (Umsetzung zum 01.01.2008), wurde noch eine befristete Stelle für die Umsetzung des doppischen Rechnungswesens zur Verfügung gestellt. Die Stelle wurde zum 01.03.2008 durch Umbesetzung in der Verwaltung besetzt. Die Anlagenbuchhaltung wurde durch eine von den Schwalm-Eder-Kliniken übernommene Beamtin verstärkt.

Die Erhöhung um 1 Planstelle im Stellenplan 2008 ergibt sich aus einer zusätzlichen Stelle im Fachbereich 51-Jugend, Familie und Sport.

Für das Haushaltsjahr 2009 sieht der Stellenplan eine nominelle Veränderung um 4,67 Planstellen vor. Die Erhöhung spiegelt Veränderungen insbesondere im Bereich der Liegenschaftsverwaltung wider. Nachdem die Standortverwaltung der Bundeswehr den Vertrag zur Pflege der Außenanlagen, einschließlich Winterdienst für den Standort Waßmuthshäuser Straße zum 31.03.2008 kündigte, wurde zum 18.08.2008 ein weiterer Hausmeister für die Liegenschaften am Standort Homberg eingestellt. Da der Hausmeister auch Aufgaben für das Amt für Bodenmanagement übernimmt, erfolgt eine Personalkostenerstattung vom Land Hessen in Höhe von 19.500,00 EUR jährlich. Darüber hinaus hat der Kreisausschuss entschieden, die Fensterreinigung – zunächst befristet – in Eigenregie durchzuführen. Dies vor dem Hintergrund der mangelhaften Leistungen im Rahmen der Fremdvergabe der vergangenen Jahre und der Fülle von Beschwerden der Schulen. Neben einem Gesellen im Gebäudereinigerhandwerk wird eine Hilfskraft beschäftigt; der Stellenplan war um 2,0 Planstellen zu erweitern. Die weitere Erhöhung um 1,10 Planstellen folgt schließlich aus der Anpassung der Richtwerte für die

Raumpflegerinnen. Mit der Einrichtung von Mensen in den Schulen gehen erhöhte Anforderungen an Hygiene und Reinigung einher, so dass die Richtwerte an verschiedenen Schulen anzupassen waren.

Auch die Umsetzung der Arbeitsmarktreform (SGB II) hat einen Beitrag zur Konsolidierung geleistet. Auf Grund der Umstellung auf die doppische Haushaltsführung lassen sich die bisherigen Berechnungen leider nicht fortschreiben. Negativ wirkt sich ein höherer kommunaler Finanzierungsanteil in Höhe von 12,6% (ca. 447 TEUR) ab 01.01.2008 aus, den der Kreis akzeptieren musste, um den Fortbestand der ARGE Arbeitsförderung Schwalm-Eder nicht zu gefährden. Belastend wirkt sich auch die mit Wirkung zum 01.01.2009 erfolgte Reduzierung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft für Bezieher von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II von 28,6 % auf 25,4 % aus. Der Kreis wird hierdurch mit 576.000 EUR zusätzlich belastet.

Ein weiteres Risiko kann durch den Wegfall der bisherigen Position „Erstattung des LWV für Betreutes Wohnen“ entstehen. Im Planentwurf sind Beträge von 120.000 bzw. 670.000 EUR für Hilfe zum Lebensunterhalt (3. Kapitel SGB XII) bzw. der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vorgesehen. Die bestehenden Vereinbarungen laufen grundsätzlich zum 31.12.2008 aus. Damit gibt es ab dem 01.01.2009 keine gesetzliche Regelung oder vertragliche Vereinbarung für ein Kostenausgleichsverfahren mit dem LWV. Ein möglicher Minderertrag beläuft sich auf 790.000 EUR. Es werden derzeit auf Ebene des Landkreistages Verhandlungen mit dem LWV geführt.

Belastend wirkt sich die Entwicklung der Kosten der Unterkunft (KdU) auch hinsichtlich der Energiepreisentwicklung aus.

Noch nicht berücksichtigt ist ein möglicher Anstieg der Zahl der Bedarfsgemeinschaften auf Grund der Arbeitsmarktentwicklung infolge der Finanzkrise.

Insgesamt weist der Teilergebnishaushalt der Sozialverwaltung eine Ergebnisverschlechterung in Höhe von 1,27 Mio. EUR gegenüber 2008 aus.

Weitere Risiken können sich aus Veränderungen im Kommunalen Finanzausgleich gegenüber der bisher im Plan 2009 berücksichtigten Orientierungsdaten und der Veränderung des im Entwurf vorliegenden Finanzausgleichsgesetzes ergeben.

Die Auswirkungen der „Finanzkrise“ auf die zukünftige Einnahme- und Ausgabeentwicklung des Schwalm-Eder-Kreises können zur Zeit nicht beziffert werden.

An zusätzlichem Aufwand wurden Mittel für einen Mittagstisch in Kindertageseinrichtungen (50.000 EUR) veranschlagt. Neben den bereits in 2008 veranschlagten Mitteln für Schulsozialarbeit und der Mittagsverpflegung für Schulkinder werden diese Programme als unerlässlich für eine bedarfsgerechte Förderung von Kindern und Jugendlichen angesehen.

Nachfolgend wird auf der Grundlage der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung unter Berücksichtigung der Orientierungsdaten die Entwicklung der geplanten Jahresergebnisse dargestellt.

<u>Entwicklung der Jahresergebnisse ab 2009</u>		
(in Mio EUR)		
	Kalenderjahr	TEUR
Geplantes Jahresergebnis	2009	+ 360
Geplantes Jahresergebnis	2010	+2.244
Geplantes Jahresergebnis	2011	+1.953
Geplantes Jahresergebnis	2012	+2.932

Unter der Annahme, dass sich die Einnahme- und Ausgabeansätze in den Folgejahren nicht erhöhen, werden die Ergebnishaushalte in den folgenden Jahren ausgeglichen sein.

Die sich aus den nachstehend dargestellten Maßnahmen ergebenden jährlichen Einsparungen sind in der Anlage 1 aufgelistet. Sie stellen einen wesentlichen Beitrag zum Haushaltsausgleich dar.

II. Maßnahmen

1. Bereits in den Jahren 2003 – 2007 abgeschlossene und fortwirkende Maßnahmen

1.1. Personalwirtschaftliche Maßnahmen

1.1.1. *Reinigungsdienst* (jährliche Kosten: 4,7 Mio. EUR)

Ziel 20 – 30 % Einsparung

Stand der Umsetzung:

Eine neue Dienstvereinbarung wurde mit Wirkung zum 01.10.2004 abgeschlossen. Nach Verlängerung der Laufzeit ist die Dienstvereinbarung erstmals zum 30.09.2014 kündbar.

Einsparvolumen

900.000 EUR/Jahr

1.1.2. *Verlagerung des Auszahlungstermins für Gehälter*

Stand der Umsetzung

Umsetzung ist im Dezember 2003 bereits erfolgt

Einsparvolumen

Dauerhafter Zinsvorteil für einen halben Monat

ca. 25.000 EUR/a

1.1.3. *Kündigung der Dienstvereinbarung Schließdienste*

Ziel

Reduzierung der Personalaufwendungen

Übernahme der Kosten durch Nutzer

Stand der Umsetzung

Die Dienstvereinbarung wurde zum 31.12.2004 gekündigt. Die Umsetzung erfolgt sukzessive, soweit es die einzelvertraglichen Regelungen mit den Schulhausverwaltern zulassen. Darüber hinaus wird bei Neubesetzungen der Schließdienst auf die nutzenden Vereine übertragen. In 2005 wurde der Schließdienst in Jesberg (Grundschule) und Fritzlar (Berufliche Schulen) auf Vereine übertragen. Hinzugekommen sind zum 01.01.2007 die Grundschule in Edermünde-Besse und die Gesamtschule in Gudensberg.

Einsparvolumen

Das Einsparvolumen ist abhängig von der jeweiligen Größe und Nutzung der schuleigenen Gebäude. Bei Übertragung aller Schließdienste auf die jeweiligen Nutzer ergibt sich eine jährliche Einsparung von Personalaufwendungen in Höhe von rund 88.000 EUR.

1.1.4. *Prüfung der Auswirkungen des Rückganges der Fallzahlen im Bereich Betreuung der Asylbewerber und Spätaussiedler*

Ziel

Anpassung des Personalbedarfs an die Fallzahlen

Stand der Umsetzung

Die Personalbemessung wird unter Berücksichtigung sinkender Fallzahlen im Bereich der Betreuung ausländischer Flüchtlinge und Spätaussiedler fortlaufend angepasst. Mit Ausscheiden des Arbeitsgruppenleiters wurde die vorhandene Planstelle im gehobenen Dienst zum 01.01.2005 gestrichen.

Zum 31.05.2009 scheidet ein weiterer Mitarbeiter aus. Die Stelle wird im Bereich der Betreuung ausländischer Flüchtlinge und Spätaussiedler nicht wieder neu besetzt. Die Einsparung beträgt in 2009 12.659 EUR. (Hinweis: Auf Grund des zusätzlichen Personalbedarfes im Allgemeinen Sozialen Dienst des Fachbereiches Jugend, Familie und Sport wird die Stelle im Stellenplan in diesen Bereich verschoben.)

Die Fallzahlenentwicklung stellt sich anhand der Asylbewerberleistungs-Statistik wie folgt dar:

Empfänger von Leistungen zum Lebensunterhalt nach § 2 und § 3 AsylbLG

2003	2004	2005	2006	2007	2008
685	567	508	420	440	296

Die Fallzahlenentwicklung in der Betreuungsstelle für Zuwanderer stellt sich wie folgt dar:

Jahr	Anzahl der Beschäftigten	Tatsächlicher Stellenanteil	Fallzahlen
2004	10	8,25	286 Fälle/646 Personen
2005	9	7,48	263 Fälle/609 Personen
2006	8	6,48	235 Fälle/516 Personen
2007	8	6,48	196 Fälle/440 Personen
2008	7	5,48	144 Fälle/270 Personen

Einsparvolumen

Mit dem Ausscheiden des Arbeitsgruppenleiters geht eine Personalkostenreduzierung in Höhe von jährlich 26.800 EUR einher. Mit dem Ausscheiden des weiteren Mitarbeiters für das Jahr 2009 ergibt sich eine weitere Einsparung von 12.659 EUR. Pro Jahr beträgt die Einsparung 30.400 EUR. Insgesamt: 57.200 EUR

1.1.5. ***Prüfung weiterer Personalreduzierung im Fachbereich Bauaufsicht und Naturschutz wegen Neufassung der Hessischen Bauordnung (HBO)***

Ziel

Anpassung des Personalbedarfs an die Fallzahlen

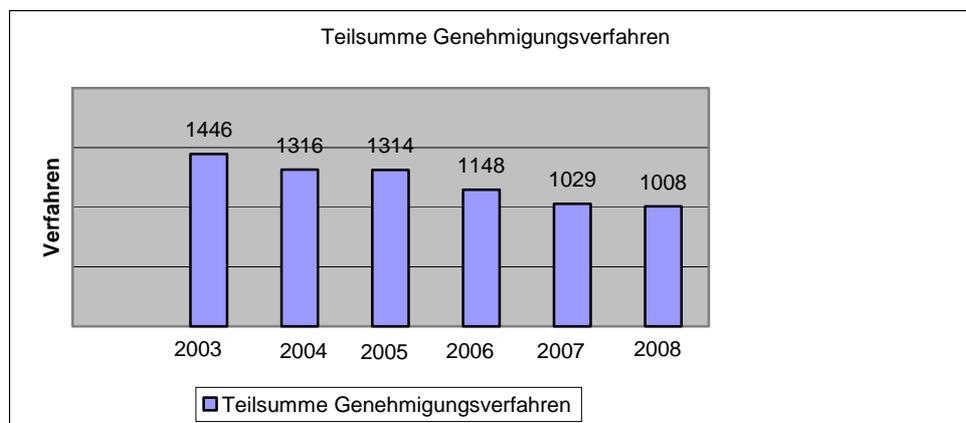
Stand der Umsetzung

Im Vorgriff auf die Neufassung der HBO wurden im Fachbereich 60 – Bauaufsicht und Naturschutz – bis 2005 zwei Planstellen für technische Beschäftigte nicht wieder besetzt.

In 2006 wurde eine weitere Planstelle durch Ausscheiden eines Beamten in den Ruhestand frei. Eine Wiederbesetzung ist nicht vorgesehen. Zum 31.12.2008 ist ein weiterer Mitarbeiter ausgeschieden. Die Stelle wird nicht wieder besetzt. Die jährliche Einsparung beträgt 61.583 EUR.

Ein weiterer Stellenabbau ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich. Die technischen Beschäftigten des Fachbereichs 60 wurden zusätzlich zur Erfassung des unbeweglichen Anlagevermögens des Schwalm-Eder-Kreises (76 Schulen sowie Verwaltungsgebäude) eingesetzt und erbringen darüber hinaus Ingenieurleistungen für den Eigenbetrieb Jugend- und Freizeiteinrichtungen des Schwalm-Eder-Kreises sowie den Zweckverband Europabad. Die Beschäftigten sind weiterhin mit der Erstellung des Leerstandskatasters gem. Kreistagsbeschluss beschäftigt. Im Jahre 2010 und im Jahre 2012 scheiden Mitarbeiter mit Eintritt in den Ruhestand aus. Über eine Neubesetzung ist zu gegebener Zeit unter Berücksichtigung der anfallenden Fallzahlen zu entscheiden.

Die Entwicklung der Genehmigungsverfahren ergibt sich aus nachstehender Tabelle.



Einsparvolumen

Die Reduzierung der Personal- und Versorgungsaufwendungen infolge der Versetzung eines Beschäftigten im Bereich der Bauaufsicht in den Ruhestand lässt sich ab dem Haushaltsjahr 2006 auf 46.000 EUR/Jahr, zusätzlich ab 2009 mit 61.583 EUR, d.h. insgesamt 107.583 EUR beziffern.
Teilhaushalt 60 – Bauaufsicht und Naturschutz

1.1.6. ***Prüfung der Auswirkungen der Wohngeldreform und der Reform der Krankenhilfe auf die Personalbesetzung im Fachbereich Sozialverwaltung***

Ziel

Anpassung des Personalbedarfs an die Fallzahlen

Stand der Umsetzung

Nach Umstrukturierung des Fachbereiches Sozialverwaltung infolge der Neuregelungen des SGB II sind im Fachbereich Sozialverwaltung insgesamt noch 49 Mitarbeiter verblieben (40,03 Planstellen; tatsächlich zum 01.01.2008 besetzt 39,19 Planstellen). In 2009 wurden die Strukturen des

Fachbereiches Sozialverwaltung unter Berücksichtigung der Fallzahlentwicklungen in den einzelnen Aufgabenbereichen überprüft. Die Arbeitsgruppen „Hilfen zum Lebensunterhalt“ und „Krankenhilfe“ wurden in die Arbeitsgruppen „Grundsicherung“ bzw. „Betreuungsstelle für Zuwanderer“ integriert. In der Arbeitsgruppe „Ausgleichsamt“ ist zum Jahresende 2008 der Leiter ausgeschieden. Auf Grund der zurückgehenden Fallzahlen soll die Stelle nicht wiederbesetzt werden. Vorübergehend werden die Aufgaben von dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg im Wege der Personalgestellung gegen Kostenerstattung wahrgenommen.

Die Fallzahlentwicklung in der Wohngeldstelle ist auf Grund der Änderung des Wohngeldgesetzes steigend und stellt sich wie folgt dar:

Jahr	Anzahl der Beschäftigten	Tatsächlicher Stellenanteil	Fallzahlen (mit Testberechnung)
2004	13	11,33	6.242
2005	8	6,42	3.556
2006	8	6,42	3.063
2007	7	5,48	3.245
2008	7	5,42	3.653
2009	10	7,74	4.700

Die Fallzahlentwicklung in der Krankenhilfe stellt sich wie folgt dar:

Jahr	Anzahl der Beschäftigten	Tatsächlicher Stellenanteil	Fallzahlen
2004	5	5	ca. 3.000
2005	2	1,50	924
2006	2	1,50	824
2007	2	1,50	741

2008	2	1,50	422
2009	2	1,15	423

Einsparvolumen

Nichtbesetzung der Stelle im Ausgleichsamt: jährlich 50.254,11 EUR.

Im Übrigen wird auf die Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen verwiesen.

1.2. Verbesserung der Erträge

Ziel

Verbesserung der Erträge

Stand der Umsetzung

Anhebung der Prüfungsgebühren für das Rechnungsprüfungsamt (bereits in KT-Sitzung am 16.02.2004 beschlossen).

Zusätzliche Erträge ab 2004: rd. 50.000 EUR

Neufassung der Satzung zur Erhebung von Gebühren für die Gefahrverhütungsschau ist zum 17.05.2004 erfolgt.

Zusätzliche Erträge: rd. 5.000 EUR/a

1.3. Außenstellen

Ziel

Kostenreduzierung

Stand der Umsetzung

Im Zuge der Umsetzung der Arbeitsmarktreformen (SGB II) werden Aufgaben und Dienstleistungen der Fachbereiche 50 – Sozialverwaltung – und 53 – Gesundheitswesen – zentral in Homberg (Efze) erbracht. In den

Außenstellen finden mit geringem Raumbedarf Sprechstunden der Fachbereiche 51 – Jugend, Familie und Sport und 53 – Gesundheitswesen – statt.

Mit der Unterbringung der Arbeitsgemeinschaft Arbeitsförderung Schwalm-Eder in kreiseigenen Liegenschaften in Schwalmstadt, Melsungen und Homberg (Efze) werden folgende Mieteinnahmen und Nebenkosteneinnahmen erzielt:

2005	2006	2007	2008
98.860 (RE)	119.870	130.000	122.000
43.395 (RE)	57.990	60.500	57.000

Für 2009 werden Erträge in Höhe der Ansätze des Jahres 2008 erwartet.

1.4. Hallenbäder

Ziel

Reduzierung der Betriebskosten durch stärkere Kontrolle über Beiräte, Beteiligung nur an originären Betriebskosten (Stand: Abschluss der Verträge), keine weitere Investitionsbeteiligung nach Abschluss grundlegender Renovierung.

Stand der Umsetzung

Kontrolle über Beiräte ist gewährleistet

Entwicklung der Umlagen					
	2005 (RE)	2006 (RE)	2007 (RE)	2008 (NHH)	2009
Borken (Hessen)	146.235	159.232	159.687	179.900	175.000**
Melsungen	50.364	131.275	159.713	150.000	153500**
Gudensberg	100.503	100.927	87.535	70.100	117.000**
Schwalmstadt	191.450	203.800	198.900	263.750	304.120*
Insgesamt	488.552	595.234	605.835	663.750	749.620

Hinweis: Das Europabad Schwalmstadt muss saniert werden. Hierdurch ergibt sich zukünftig ein höherer Umlagebedarf in Höhe von 75.970 EUR/a.

Anmerkungen:

* 228.150 € lfd. Kosten + 75.970 € Umlage Darlehen

** Investitionszuschüsse werden separat gewährt und belasten den Finanzhaushalt

Einsparvolumen

derzeit nicht vorhanden

1.5. Musikschulen

Ziel

Zusammenlegung der Geschäftsführung für die zwei vom Kreis und den Gemeinden geförderten Musikschulen.

Stand der Umsetzung

Die Fusion der Musikschulen Schwalm-Eder-Süd und Mitte ist erfolgt. Schwalm-Eder-Nord hat sich noch nicht für eine Fusion entschieden.

Einsparvolumen

derzeit nicht bezifferbar

2. Seit 2004 laufende und jährlich sich wiederholende Maßnahmen:

2.1. Steuerung der Personal- und Versorgungsaufwendungen

2.1.1. *Keine Ausweitung des Stellenplanes*

Ziel

Begrenzung der Personal- und Versorgungsaufwendungen

Stand der Umsetzung

Im Stellenplan der Haushalte 2003 – 2006 wurden keine zusätzlichen Planstellen ausgewiesen.

Seit 2003 wurden bis einschließlich 2006 36,79 Stellen im Stellenplan abgebaut.

Der Stellenplan zum Haushalt 2007 weist eine Ausweitung der Planstellen um 3,5 Stellen aus.

2,0 Stellen in der Leitstelle

1,0 Stelle im Rahmen der Umsetzung auf das Neue Kommunale

Rechnungs- und Steuerungswesen, zunächst befristet auf 2 Jahre

0,5 Stellen im Bereich Pflegekinderdienst

Der Stellenplan 2008 weist folgende Veränderungen aus:

1 zusätzliche Stelle im Fachbereich Jugend, Familie und Sport zur Verstärkung des Allgemeinen Sozialen Dienstes

Der Stellenplan 2009 weist folgende Veränderungen aus:

1,0 Planstellen Hausmeister Behördenzentrum (Kostenerstattung Land Hessen)

3,10 Planstellen Fensterreinigung und Raumpflege

0,27 Planstellen Veränderungen Schulsekretariate

Einsparvolumen

nur global bezifferbar im Rahmen der Gesamtentwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen; hinsichtlich der Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen wird auf die Vorbemerkungen verwiesen.

2.1.2. ***Stellenbesetzungssperre***

Ziel

Begrenzung der Personal- und Versorgungsaufwendungen

Fortführung der Stellenbesetzungssperre

Es wird eine Stellenbesetzungssperre für alle freiwerdenden Stellen mit Ausnahme der Bereiche Gebäudereinigung/Hausverwalter, Schulsekretariate sowie Hauswirtschafts-, Küchenkräfte für die Dauer von sechs Monaten beschlossen.

Der Kreisausschuss ist berechtigt, 50 % der im Laufe eines Jahres frei werdenden Stellen nach Ablauf der Stellenbesetzungssperre wieder zu besetzen. Voraussetzung ist, dass die Stelle im Stellenplan ausgewiesen ist. Die Verwaltung muss in jedem Einzelfall dem Kreisausschuss einen Antrag auf Wiederbesetzung der frei werdenden Stelle vorlegen. Aus dem Antrag muss sich ergeben, ob eine Planstelle vorhanden ist, warum die Stelle wiederbesetzt werden muss und wie sich die Personalsituation für die vergleichbare Position in den anderen Landkreisen darstellt.

Der Kreisausschuss berichtet dem Haupt- und Finanzausschuss über die erfolgten Stellenbesetzungen.

Am Ende des Jahres entscheidet der Haupt- und Finanzausschuss, wie mit den übrigen 50 % der im Laufe des Jahres frei gewordenen Stellen verfahren wird.

Stand der Umsetzung

Im Haushaltsjahr 2008 wurden nach Ablauf der Stellenbesetzungssperre vom Kreisausschuss folgende Planstellen zur Wiederbesetzung frei gegeben:

- 1,0 Planstelle FB 10 – Post- und Reisedienst (Bürgerinformation)
- 1,0 Planstelle FB 11 – Kreiskasse (Mutterschutz- und Elternzeitvertretung)
- 1,0 Planstelle FB 14 - Kreisprüfung
- 1,0 Planstelle FB 32 – Wasser- und Bodenschutz
- 1,0 Planstelle FB 40 – Hochbauverwaltung
- 0,50 Planstelle FB 53 – Sozialpsychiatrischer Dienst
- 1,0 Planstelle FB 80 – Wirtschaftsförderung
- 1,0 Planstelle FB 60 – Sonderbau

Darüber hinaus wurden in den von der Stellenbesetzungssperre ausgenommenen Aufgabenbereichen nachstehende Neubesetzungen vorgenommen:

Schulsekretärinnen: 1,39 Planstellen

Schulhausverwalter: 3,0 Planstellen

Einsparvolumen

Nur global bezifferbar im Rahmen der Gesamtentwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen; hinsichtlich der Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen wird auf die Vorbemerkungen verwiesen.

2.1.3. *Weiterbeschäftigung der Auszubildenden nach Abschluss der Ausbildung*

Ziel

Personalentwicklung und Begrenzung der Personal- und Versorgungsaufwendungen

Stand der Umsetzung

In 2004 wurden 4 ehemalige Auszubildende mit 75% der regelmäßigen Arbeitszeit in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse übernommen.

In 2005 wurde ein befristeter Arbeitsvertrag mit einer ehemaligen Auszubildenden nicht verlängert. Das Arbeitsverhältnis wurde beendet.

In 2006 wurden zwei Beschäftigte des Ausbildungsjahrganges 2005 nach erfolgreicher 12-monatiger Bewährung in unbefristete Arbeitsverhältnisse mit 50 % der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit eines Vollbeschäftigten übernommen

In 2007 wurde ein Beschäftigter des Ausbildungsjahrganges 2006 nach erfolgreicher 12-monatiger Bewährung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis mit 50 % der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit eines Vollbeschäftigten übernommen.

In 2008 wurde von den Auszubildenden des Ausbildungsjahrganges 2007 ein Beschäftigter nach 12-monatiger Bewährung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis mit 50% der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit eines Vollbeschäftigten übernommen. Darüber hinaus hat der Kreisausschuss der Weiterbeschäftigung eines Auszubildenden, der seine Ausbildungszeit auf Grund seiner schulischen und praktischen Leistungen um ein halbes Jahr verkürzt hat, zugestimmt.

Einsparvolumen

Ca. 30.000 EUR pro Auszubildenden, der nicht übernommen wird

Fortführung der Übernahmepraxis für Auszubildende

Zur Sicherstellung des zukünftigen Personalbedarfs und zur Bindung der Beschäftigten an die Kreisverwaltung können Auszubildende nach zunächst 12-monatiger befristeter Beschäftigung in unbefristete Arbeitsverhältnisse übernommen werden, wenn die Ergebnisse der Abschlussprüfung eine Übernahme rechtfertigen, sie sich bewährt haben und entsprechende Stellen im Stellenplan ausgewiesen sind.

2.1.4. *Beförderungen und Höhergruppierungen*

Ziel

Personalentwicklung und Begrenzung der Personalkosten

Stand der Umsetzung

In 2008 wurden entsprechend dem Tarifrecht insgesamt 49 Beschäftigte höhergruppiert bzw. befördert.

Einsparvolumen

Fortführung der Beförderungs- und Höhergruppierungspraxis unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Haushaltsjahre 2004 bis 2008.

Bei der Beförderung der Beamten ist ein strenger Maßstab anzulegen.

Höhergruppierungen von Beschäftigten erfolgen nur auf Grund tarifvertraglicher Ansprüche.

2.1.5. *Vorlage Personalentwicklungsplanung*

Ziel

Dauerhafte Sicherung der Aufgabenerfüllung durch qualifizierte Beschäftigte.

Stand der Umsetzung

Die Personalentwicklungsplanung wird derzeit mit dem nach In-Kraft-Treten des TVöD einzuführenden System zur Gewährung eines Leistungsentgeltes abgestimmt. Als nächster Schritt ist die Einführung von Mitarbeitergesprächen vorgesehen. Nach der beim Kreisausschuss des Schwalm-Eder-Kreises bestehenden Dienstvereinbarung zur Personalentwicklung hat sich die Personalentwicklungskommission neu konstituiert und ihre Arbeit aufgenommen.

2.1.6. ***Praxis bei dem Abschluss befristeter Arbeitsverhältnisse***

Ziel

Begrenzung der Personal- und Versorgungsaufwendungen

Stand der Umsetzung

In 2007 wurden zwei Beschäftigte im Anschluss an ihre Ausbildung in ein zwölf Monate befristetes Arbeitsverhältnis übernommen. Zur Umsetzung des IZBB-Programmes wurde ein technischer Mitarbeiter befristet bis zum 31.05.2009 eingestellt.

Im Kalenderjahr 2008 wurden zwei Beschäftigte im Anschluss an ihre Ausbildung in ein auf zwölf Monate befristetes Arbeitsverhältnis übernommen. Für die Übernahme der Fensterreinigung in Eigenregie wurde ein Geselle im Gebäudereinigerhandwerk befristet für zwei Jahre eingestellt. Darüber hinaus wurde zur Umsetzung des IZBB-Programmes das befristete Arbeitsverhältnis mit einer Beschäftigten nochmals befristet verlängert.

Einsparvolumen

Nur global bezifferbar im Rahmen der Gesamtentwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen.

2.1.7. ***Vereinbarung von Teilzeitarbeitsverhältnissen***

Ziel

Begrenzung der Personal- und Arbeitsplatzkosten

Stand der Umsetzung

In 2007 haben 71 Beschäftigte ihre Arbeitszeit befristet reduziert. In Sonderurlaub und Elternzeit befinden sich 16 Beschäftigte.

Von der Möglichkeit der befristeten Arbeitszeitreduzierung haben im Kalenderjahr 2008 70 Beschäftigte Gebrauch gemacht, in Elternzeit oder Sonderurlaub befinden sich insgesamt 19 Beschäftigte.

Einsparvolumen

Nur global bezifferbar im Rahmen der Gesamtentwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen.

2.1.8. ***Strenge Maßstäbe bei Bewilligung von Altersteilzeit unter Berücksichtigung der Haushaltssituation***

Ziel

Begrenzung der Personal- und Versorgungsaufwendungen

Stand der Umsetzung

In 2008 wurde ein Altersteilzeitarbeitsverhältnis mit einem Beschäftigten geschlossen, der das 60. Lebensjahr vollendet hat.

Einsparvolumen

Nur global bezifferbar im Rahmen der Gesamtentwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen.

2.2. ***Überprüfung der Mitgliedschaften in Verbänden sowie der Praxis der Personal- und Sachkostenerstattungen an und von Verbänden***

Ziel

Entlastung des Kreishaushaltes

Stand der Umsetzung

Prüfung ist erfolgt.

Ergebnis

Die Kündigung bzw. der Austritt aus Zweckverbänden und GmbH`s ist rechtlich mit hohen Hürden verbunden. Darüber hinaus ist festzustellen, dass die vorhandenen Beteiligungen alle einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die Notwendigkeit der Mitgliedschaften wird kontinuierlich überprüft.

Der Kreistag hat am 16.06.2008 dem Verkauf der Gesellschaftsanteile an der WOHNSTADT zu einem Kaufpreis von 794.750 EUR zugestimmt. Die Abwicklung des Verkaufes scheidet derzeit an der mangelnden Kaufbereitschaft der WOHNSTADT.

Darüber hinaus hat der Kreistag am 15.12.2008 dem Verkauf der Gesellschaftsanteile an der Fa. Plag gemeinnützige Gesellschaft zur Entwicklung neuer Arbeitsplätze mbH zu einem Kaufpreis von 1 EUR an Hephata Hessisches Diakoniezentrum e.V. zugestimmt. Der Vertrag ist vollzogen.

Mit allen Verbänden wurden zwischenzeitlich neue Verträge abgeschlossen, die soweit es ihr Zweck erlaubt, eine 100%ige Kostenerstattung gewährleisten.

Derzeit wird jährlich eine Personalkostenerstattung in Höhe von 444.540 EUR erzielt.

2.2.2. *Überprüfung der sog. freiwilligen Leistungen und der Ermessensleistungen*

Ziel

Entlastung des Kreishaushaltes

Stand der Umsetzung

Es liegt eine Aufstellung aller Ausgabehaushaltsstellen (Stand: 2007) vor.

Diese ist Teil des Haushalts sicherungskonzeptes des Jahres 2008.

Verschiedene Ausgabehaushaltsstellen wurden gekürzt. Grundlage war die in 2004 durch den Kreisausschuss verhängte Haushaltssperre.

Die in oben genannter Aufstellung enthaltenen Kürzungen sind bei der Aufstellung des doppischen Haushaltes berücksichtigt. Seit 2004 werden kontinuierlich Kosten in Höhe von rd. 500.000,00 EUR/Jahr eingespart.

2.3. Verbesserung der Einnahmen

2.3.1. *Überprüfung der Veräußerung nicht benötigter Vermögensgegenstände, einschließlich der Eigenbetriebe*

Stand der Umsetzung

2.3.1.1. Verkauf des Boglerhauses ist erfolgt (30.12.2005)

Kaufpreis: 300.000 EUR

2.3.1.2. Im Eigenbetrieb 46.2 – Alten- und Pflegeeinrichtungen- sind folgende Einrichtungen verkauft:

Altenwohnanlage Niedenstein

Verkehrswert: 737.000 EUR

Kaufpreis: 450.000 EUR ist gezahlt

Altenwohnanlage Rabengasse

Verkehrswert: 819.000 EUR

Kaufpreis: 345.000 EUR ist gezahlt

Hospital zum Heiligen Geist

Wurde mit der Verpflichtung zur Sanierung, Weiterbetrieb und Personalgestellung verkauft.

Kaufpreis 1 EUR

Der Eigenbetrieb „Senioren- und Pflegeeinrichtungen wurde zum 31.12.2006 aufgelöst.

Schlösschen Jesberg

Ist verkauft (KT-Beschluss vom 26.09.2005)

2.3.2. *Transfer von Kapital des Eigenbetriebes 46.1– Jugend- und Freizeiteinrichtungen an Kreishaushalt*

Stand der Umsetzung

50% der EAM Dividende wird an Kreishaushalt ausgeschüttet.

Zusätzliche Einnahme in 2004:	3.427.456 EUR
Zusätzliche Einnahme in 2005:	657.905 EUR
Zusätzliche Einnahme in 2006:	655.000 EUR
Zusätzliche Einnahme in 2007:	655.000 EUR
Zusätzlicher Ertrag in 2008:	546.600 EUR
Zusätzlicher Ertrag in 2009:	539.230 EUR

2.4. **Außenstellen - Zulassungsstellen**

Ziel

Entlastung des Kreishaushaltes und Beibehaltung eines bürgernahen Zulassungswesens

Stand der Umsetzung

Gemäß Beschluss des Kreistages wurden mit den Städten Fritzlar, Melsungen und Schwalmstadt Verhandlungen zur Übernahme der Zulassungsstellen vor Ort geführt.

Ergebnis

Die Städte sind bereit, die Zulassungsstellen in Eigenregie zu übernehmen.

Mit Fritzlar wurde die Übernahme zum 01.01.2007 vereinbart. Der Vertrag mit Schwalmstadt wurde endverhandelt. Die Umsetzung erfolgt voraussichtlich im April 2009 mit der Fertigstellung eines Gebäudes des TÜV.

Die Stadt Melsungen prüft noch, wo die Zulassungsstelle angesiedelt werden soll.

Einsparvolumen

Es wird insgesamt eine Entlastung des Haushaltes in einer Größenordnung von rund 170.000 EUR pro Jahr erwartet.

2.5. Einführung der Doppik mit Controlling und Kosten- und Leistungsrechnung

Ziel

Kostentransparenz und Verbesserung der Steuerungsmöglichkeiten

Stand der Umsetzung

Gemäß Kreistagsbeschluss ist zum 01.01.2008 die Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung eingeführt worden.

2.6. *Abstufung von Kreisstraßen*

Ziel

Entlastung des Kreishaushaltes

Stand der Umsetzung

Abgestufte Kreisstraßen:

K 026, in der Stadt Homberg (Efze)	= 0,822 Km
K 040, in der Stadt Homberg (Efze)	= 1,311 Km
K 123, Ziegenhain Richtung Bahnhof	= 0,681 Km
K 131, OD Beiseförth Richtung Bahnhof	= 0,860 Km
K 134, Malsfeld - L 3427	= 1,175 Km
K 135, Malsfeld - L 3224 (Elfershausen)	= 2,011 Km
K 139, in der Stadt Spangenberg	= 0,983 Km
K 108, K109, K 110 tlw., durch den Neubau der Ortsumgehung Loshausen im Zuge der B 254	= 2,420 Km
K 062, Oberurff - Schiffelborn	= 1,480 Km
K 112, Röllshausen – Schönberg tlw.	= 0,428 Km
K 020, Ostheim – Dagobertshausen	= 1,870 Km
K 020, Dagobertshausen – Malsfeld	= 1,980 Km
Gesamt	= 16,021 Km

2.6.1. *Laufende Verfahren zur Abstufung*

K 065, bei Bad Zwesten-Niederurff ri. Oberurff	= 1,748 km
K 145, Lohre – Altenburg	= 1,063 Km
K 009, Maden – B 254	= 1,668 Km
Gesamt:	= 4,479 Km

2.6.2. *Zur Abstufung vorgesehene Straßen*

(nach vorheriger Absprache mit ASV und den Gemeinden)

K 13, Uttershausen - B 253	=3,871 Km
K 21, Gensungen - Helmshausen (K 28)	= 3,615 Km
K 021,Gensungen - Heßlar	= 3,807 Km
K 021,Heßlar – B 253	=1,644 Km
K 024,OD Hilgershausen	= 0,399 Km
K 032,Hesserode - L 3427	= 0,968 Km
K 44, B 254 - Verna	= 0,820 Km
K 050, Gut Marienrode – L 3384	= 0,705 Km
K 050, Gut Gilserhof – L 3384	= 1,234 Km
K 060, Jesberg/Brünchenhain – K 59	= 1,091 Km
K 066, B 3 – Reptich	= 0,963 Km
K 075, Ungedanken – Rothelmshausen	= 2,907 Km
K 078, Werkel K 79 – Haddamar B 450	= 2,334 Km
K 086, L 3219 – Ermetheis	= 0,677 Km
K 092, Dissen – Holzhausen(Hahn)	= 1,854 Km
K 095, L 3155 – Schönau	= 1,999 Km
K 096, Sebbeterode – B 3	= 1,110 Km
K 103, Rommershausen – L 3147	= 0,817 Km
K 117, K 112 – Nausis (Neukirchen)	= 2,059 Km
K 121, OD Olberode-B 454	= 0,630 Km
K 127, Frielendorf – Spieskappel	= 1,242 Km
K 132, Binsförth - B 83	= 0,712 Km
K 136, Domäne Fahre - B 83	= 0,399 Km
K 143, Hesslar - B 253	= 1,041 Km
K 144, B 253 - Heiligenberg	= 1,525 Km
K 147, Röhrenfurth (B 83) - Lobenhausen	= 3,300 Km
K 147, Wagenfurth – Grebenau	= 1,800 Km
K 153, OD Albshausen	= 0,593 Km
Gesamt	= 40,818 Km

Einsparvolumen

Pro km: 3.823 EUR

16,021 Km x 3.823 EUR = 61.248,30 EUR

4,479 Km x 3.823 EUR = 17.123,20 EUR

40,818 Km x 3.823 EUR = 156.047,20 EUR

2.7. Sanierung der Schwalm-Eder-Kliniken GmbH

Ziel

Entlastung des Kreishaushaltes und wirtschaftlicher Betrieb der Schwalm-Eder-Kliniken.

Stand der Umsetzung

Mit Beschluss des KT vom 21.12.2006 wurde der Veräußerung des Geschäftsanteils an die Bietergemeinschaft Asklepios Kliniken Verwaltungsgesellschaft mbH, HKZ GmbH&Co. Betriebs KG und Orthopädische Klinik Hessisch-Lichtenau gGmbH zugestimmt. Der Vertrag wurde am 19.12.2006 beurkundet. Mit Zahlung des vereinbarten Sanierungsbeitrages und Verzicht auf die gewährten Darlehen zur Sicherung der Liquidität fallen zukünftig keine finanziellen Verpflichtungen mehr an. Der Vertrag ist im Oktober 2007 wirksam geworden.

2.8. Kreisorgane

Ziel

Entlastung des Kreishaushaltes

Maßnahmen

Reduzierung der Sitzungstage des Kreistages auf 4 Sitzungen im Jahr

Reduzierung der Gremien (Ausschüsse und Kommissionen)

Stand der Umsetzung

Folgende Gremien wurden in 2006 abgeschafft

- Koordinierungsausschuss der Beratungsstelle des SEK
- Verwaltungsausschuss des Jugendbildungswerkes
- Fachausschuss Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit
- VHS-Beirat
- Sozialhilfekommission
- Betriebskommission Eigenbetrieb 46.2 (zum 31.12.2006)

Folgende Gremien wurden in 2006 verkleinert:

- Sportkommission
- Schulkommission
- Denkmalbeirat
- Kommission für die gesellschaftliche Gleichstellung der Frau
- Kommission für Fragen der Landwirtschaft

2.9. Umsetzung der Arbeitsmarktreform (SGB II)

Ziel

Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben des SGB II

Stand der Umsetzung

Im Oktober/November 2004 wurden Vereinbarungen zur Bildung von zwei Arbeitsgemeinschaften gem. § 44b SGB II geschlossen. Gemäß Empfehlung des Sozialausschusses werden die zwei bestehenden Arbeitsgemeinschaften mit Wirkung zum 01.01.2006 zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefasst. Die Auswirkungen auf den Haushalt 2007 sind im Haushalts-sicherungskonzept 2008 dargestellt. Bedingt durch die Umstellung auf die Doppik kann diese Aufstellung nicht fortgeführt werden. Auf Grund der in den Vorbemerkungen dargestellten Entwicklung ist von einer Reduzierung der erzielbaren Einsparungen auszugehen.

Einsparvolumen

2005 (gegenüber Basisjahr 2004): 6,9 Mio. EUR

2006 (gegenüber Basisjahr 2004): 7,6 Mio. EUR

2007 (gegenüber Basisjahr 2004): 8,4 Mio. EUR

3. Neue Maßnahmen seit 2006

3.1. Kredit-Portfoliomanagement

– **Begriff**

Aktive und strategische Verwaltung des verzinsten Darlehensbestandes

– **Ziel**

Entlastung des Kreishaushaltes

- Das Projekt wurde in 2008 auf Grund der Unwägbarkeiten des Finanzmarktes eingestellt. Die Entscheidung über die Aufnahme von Krediten obliegt wieder dem Haupt- und Finanzausschuss.

3.2. *Verkauf kreiseigener Grundstücke*

– **Ziel**

Einnahmeverbesserung und dauerhafte Entlastung des Kreishaushaltes

– **Auftrag an die Verwaltung**

Verkauf der Grün- und Ackerflächen

Kreis ist Eigentümer von ca. 290.000 m²

Wert lt. Gutachterausschuss: 290.000 €

– **Stand der Umsetzung**

Im HH-Jahr 2006 wurden 7.730 EUR durch Verkäufe an kreiseigene Kommunen eingenommen.

Im HH-Jahr 2007 sind Einnahmen von ca. 100.000 EUR erzielt worden.
In 2009 werden Einzahlungen in Höhe von 51.000 EUR erwartet.

3.3. Überprüfung der Strukturen der Fachbereiche

– **Ziel**

Nutzung von Synergieeffekten; effektiver Personaleinsatz u. a. durch

- Bündelung der Aufgaben der Unteren Naturschutzbehörde (60.4) und der Abteilung Landschaftspflege des Fachbereichs - Landwirtschaft und Landentwicklung.
- Nutzung der Synergien in dem Fachbereich 53 – Gesundheitswesen - und Fachbereichs 39 - Veterinärwesen und Verbraucherschutz (z .B. im Verwaltungsbereich)
- Bündelung der Aufgaben des Fachbereiches 80 – Wirtschaftsförderung - mit den Aufgaben des Fachbereichs 83 – Landwirtschaft und Landentwicklung - hinsichtlich Dorf- und Regionalentwicklung und ländlichem Tourismus.
- Zusammenfassung der Aufgaben der Arbeitsgruppe 50.6 – Betreuungsstelle für Zuwanderer - mit der Abteilung Ausländerwesen des Fachbereichs 32 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung.
- Zusammenfassung der Aufgaben des Fachbereiches 37 – Brand- und Katastrophenschutz - und der Aufgaben des Katastrophenschutzes und der zivilen Verteidigung.

3.4. Organisationsuntersuchung

Der Kreistag hat am 16.06.2008 den Kreisausschuss beauftragt, ein Konzept zur Durchführung einer Organisationsuntersuchung zu erarbeiten, welches die Ziele, die betroffenen Verwaltungsbereiche sowie die

Schwerpunkte dieser Organisationsuntersuchung (z. B. Aufgabenkritik, Optimierung der Geschäftsprozesse, Personalbedarfsermittlung) festlegt.

Es sollen Angebote für eine externe Begleitung des Projektes durch kompetente Dienstleister eingeholt und entsprechende Haushaltsmittel im Haushaltsplan 2009 veranschlagt werden.

Die Beschäftigten sowie der Personalrat sind von Beginn an in den Prozess einzubinden. Das Konzept soll im Rahmen der Haushaltsberatungen 2009 im Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt werden.

Es wird vorgeschlagen, die KGST mit der Durchführung des Projektes auf der Grundlage eines eingeholten Angebotes vom 8.10.2008 zu beauftragen.

3.5. Vertragscontrolling

Der Kreisausschuss hat die Einführung eines Vertragscontrollings beschlossen.

Die Inhalte eines Vertragscontrolling-Systems werden wie folgt beschrieben:

Zentrale Erfassung aller Verträge des Kreisausschusses, aus denen sich wiederkehrende Forderungen oder Verbindlichkeiten ergeben.

Parallel zur Erfassung der Verträge wird derzeit eine Wirtschaftlichkeitsanalyse mit dem Ziel Einsparpotentiale aufzuzeigen, vorgenommen.

Die zentrale dauerhafte Erfassung von Vertragsverhältnissen ermöglicht die zentrale Überwachung von Kündigungsfristen sowie der Einhaltung von Auflagen und Risikofaktoren.

Die zentrale Erfassung aller Verträge unterstützt die erforderlichen Arbeiten bei Erstellung der Bilanz und dem Jahresabschluss.

Die Wirtschaftlichkeitsanalyse soll Einsparungspotentiale aufzeigen. Mit Ergebnissen ist bis Sommer 2009 zu rechnen.

Zusammenstellung der jährlichen Einsparungen

	Maßnahmen	Einsparungs- betrag/ Einnahmen	einmalige Eröse	Anmerkungen
1.1.1	Reinigungsdienst	900.000,00 €		
1.1.2	Verlagerung Auszahlungstermin	25.000,00 €		
1.1.3	Kündigung Vereinbarung Schließdienste	2.000,00 €		
1.1.4	Prüfung Auswirkungen Rückgang Fallzahlen Asylbewerber und Spätaussiedler	57.200,00 €		
1.1.5	Prüfung Personalbestand Bauaufsicht	107.583,00 €		
1.1.6	Prüfung Auswirkungen der Wohngeldreform und der Krankenhilfe	50.254,00 €		Auswirkungen nur global über PK-Entwicklung
1.2	Verbesserung der Einnahmen Prüfgebühren FB 14	50.000,00 €		
1.2	Verbesserung der Einnahmen Gebühren Gefahrenverütungsschau	5.000,00 €		
1.2	Verbesserung der Einnahmen Gebühren FB 53	25.000,00 €		
1.3	Außenstellen(Mieteinnahmen ARGE)	122.000,00 €		

Zusammenstellung der jährlichen Einsparungen

	Maßnahmen	Einsparungs- betrag/ Einnahmen	einmalige Eröse	Anmerkungen
1.4	Hallenbäder			
1.5	Musikschulen			
2.1	Steuerung der Personalkosten			s. Tabelle Personalausgabenentwicklung
2.2	Überprüfung der Mitgliedschaften	444.450,00 €		volle Kostenerstattung vereinbart
2.3	Überprüfung der Ermessensleistungen	500.000,00 €		s. Anlage 2 Haushaltssicherungskonzept 2008
2.4	Verbesserung der Einnahmen		Niederstein: 450.000,00 €	
2.4	Verbesserung der Einnahmen		Rabengasse: 345.000,00 €	
2.4	Dividende E.on	539.230,00 €		
2.5	Außenstellen-Zulassungsstellen	25.000,00 €		weitere Auswirkungen auf PK-Entwicklung nur global
2.6	Einführung Doppik			

Zusammenstellung der jährlichen Einsparungen

	Maßnahmen	Einsparungs- betrag/ Einnahmen	einmalige Eröse	Anmerkungen
2.7	Abstufung von Kreisstraßen	61.248,00 €		
2.8	Sanierung der SEK GmbH			mit Abschluss des Vertrages keine weiteren Belastungen
2.9	Kreisorgane			Einsparungen nur global
2.10	Umsetzung SGB II	7.500.000,00 €		s. Anlage Haushaltssicherungskonzept 2008; Verschlechterung 2008/2009: komm. Finanzierungsanteil:447 TEUR u. Bundesanteil Unterkunftskosten: 576 TEUR
3.1	Kreditportfoliomanagement			
3.2	Verkauf kreiseigener Grundstücke		151.000,00 €	
3.3	Überprüfung der Strukturen der Fachbereiche			
	Summe	<u>10.413.965,00 €</u>		